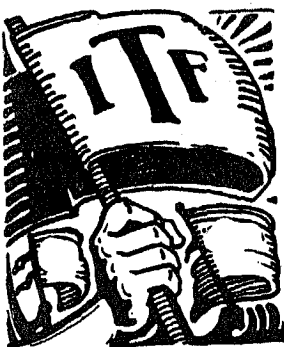


PRESSEBERICHT



TELEGRAMM-ADRESSE: INTRANSFE-AMSTERDAM
SITZ: AMSTERDAM (HOLLAND) VONDELSTRAAT 61
FERNSPRECHER 80186

DIESER PRESSEBERICHT ERSCHEINT ZWEIWÖCHENTLICH IN DEUTSCHER,
ENGLISCHER, FRANZÖSISCHER, SCHWEDISCHER UND SPANISCHER SPRACHE,
SOWIE IN ESPERANTO

No. 11

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

Amsterdam, den
28. Mai 1934

Bevorstehende Kongresse.

- Englischer Eisenbahngestelltenverband (R.C.A.), vom 28. bis 31. Mai in Dunoon (Schottland).
- Norwegische Eisenbahner-Föderation, 4. Juni und folgende Tage in Oslo.
- Skandinavische Föderation des Lokomotivpersonals, vom 14. bis 16. Juni in Stockholm.
- Skandinavische Transportarbeiter-Föderation, 18. und 19. Juni in Kopenhagen.
- Englischer Eisenbahner-Verband (N.U.R.), 1. Juli und folgende Tage in Aberystwyth.
- Schwedische Transportarbeiter-Föderation, vom 19. bis 25. August in Stockholm.
- Holländischer Transportarbeiter-Verband, 25. und 26. Juni in Utrecht.
- Französische Eisenbahner-Föderation, vom 24. bis 26. Juni in Paris.
- Belgischer Verband des Personals der Strassenbahn-, Kleinbahn- und Omnibusbetriebe, vom 30. Juni bis 2. Juli in Lüttich.

EISENBAHNER

Interessantes Urteil über Fahrvergünstigungen in Frankreich. (ITF) Am 26. April 1934 hat das Zivilgericht der Seine in einem Prozess gegen die französischen Staatsbahnen ein Urteil gefällt, in dem es sich gegen die Versuche der Eisenbahnen, die Fahrvergünstigungen, in deren Genuss das Personal steht, zu verschlechtern oder deren Erlangung zu erschweren, ausspricht. Es heisst in der Urteilsbegründung, dass, wengleich in manchen Dienstordnungen die Zugeständnisse bezüglich Freifahrt oder Fahrten zu ermässigttem Tarif als besondere Vergünstigungen bezeichnet werden, es sich hier für die Angestellten um eine Gehaltszulage handelt, mit der beim Abschluss des Arbeitsvertrages gerechnet wurde.

Es geht hieraus also deutlich hervor, dass einmal gewährte Fahrvergünstigungen ein unbestreitbares Recht des Personals sind.

Eisenbahnerstreiks in Brasilien. (ITF) Im April sind 22 000 Arbeiter der Leopoldina-Eisenbahn (englisches Kapital) wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Die Arbeiter, welche monatlich etwa 76 schweiz. Fr. verdienen, fordern eine 50%ige Lohnerhöhung. Die besser bezahlten Arbeiter haben eine verhältnismässig niedrigere Lohnforderung gestellt. Nachdem der Arbeitsminister zugesagt hat, die Forderungen zu prüfen, haben die Arbeiter den Dienst wieder aufgenommen.

Ferner wird von einem Streik der Bediensteten der Zentral- (Staats-)bahn Meldung gemacht. Die Streikenden haben die Stellwerke von Rio de Janeiro in Besitz genommen und die Züge angehalten. Ein Streikender wurde getötet und mehrere verletzt. Genauere Mitteilungen fehlen noch.

Erfolg für die amerikanischen Eisenbahner in Sicht. (ITF) Die Senatskommission der "Interstate Commerce Commission" in den Vereinigten Staaten sprach sich in einem Gutachten für die Gründung einer nationalen Pensionskasse für das Eisenbahnpersonal aus.

Sämtliche Eisenbahngesellschaften sollen als ein einziger Körper angesehen werden. Die Pension soll auf Grund des Gehalts und des Dienstalters jedes einzelnen Angestellten errechnet werden. Die Regierung soll finanziell nicht zu dem Fonds beisteuern, denselben aber verwalten. Der Beitrag der Eisenbahner hätte 2% des Gehalts zu betragen, derjenige der Gesellschaften das doppelte davon. Die Pension würde 2% des Grundgehältes jedes Dienstjahres ausmachen, sie soll aber bei Eisenbahnern unter 65 Jahren 60% des Grundgehältes nicht überschreiten. Die Höchstpension für Eisenbahner von über 65 Jahren soll nicht mehr als 75% des Durchschnittsgehältes ausmachen. (Das Pensionsalter wird auf 65, die Zahl der Dienstjahre auf 30 festgesetzt.) Lässt sich ein Bediensteter nach 30 Dienstjahren, jedoch vor Vollendung des 65. Lebensjahres pensionieren, so wird die Höchstpension von 60% für jedes unter 65 Jahren liegende Lebensjahr um 4% gekürzt.

Man macht sich auch auf einen Ausspruch der Senatskommission gefasst, der darauf hinausgeht, dass die von den gelben Werksverbänden abgeschlossenen Verträge für ungültig erklärt und diese Organisationen überhaupt nicht mehr anerkannt werden. Unter den Mitgliedern des Parlamentes wurde eine Petition in Umlauf gebracht, worin eine sofortige gesetzliche Massnahme zur Einführung des Sechsturentags für die Eisenbahner gefordert wird. Die Petition hat bereits die erforderlichen 145 Unterschriften.

SONSTIGE TRANSPORTARBEITER.

Verschlechterung der Rechtslage der ungarischen Eisen- und Strassenbahner. (ITF) Im Februar wurde in Ungarn ein Gesetz über das Dienstverhältnis der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben erlassen, das bedeutende Verschlechterungen für die Strassenbahner der Gemeinde Budapest sowie für das Eisenbahnpersonal mit sich bringt.

In dem Gesetze ist bestimmt, dass ein Bediensteter, der 6 Monate hintereinander oder mit Unterbrechungen von nicht mehr als 30 Tagen vom Dienste ferngeblieben ist, entlassen werden kann, wenn er noch nicht pensionsberechtigt ist oder vorzeitig pensioniert werden kann. Früher war eine derartige Massnahme erst nach mindestens 300 Krankheitstagen im Laufe eines Jahres zulässig. Gegen Entlassung oder Pensionierung konnte früher auf dem gewöhnlichen Rechtswege Berufung eingelegt werden, nach dem neuen Gesetz ist dies nicht mehr möglich.

Eine andere Gesetzesbestimmung sieht Entlassung oder vorzeitige Pensionierung vor für Bedienstete, die fachmännische Ausbildung, Fleiss oder andere wichtige Erfordernisse, die zur anstandslosen Durchführung der amtlichen Aufgaben unerlässlich sind, vermissen lassen. Welche grosse Gefahr in dieser Bestimmung steckt, die durch die Dehnbarkeit ihrer Fassung der Willkür Tür und Tor öffnet, wird man leicht erkennen! Berufung gegen einen diesbezüglichen Beschluss ist beim Handelsminister zulässig, der eine aus 5 Mitgliedern bestehende Appellationskommission einsetzen kann.

Der Lohnkampf der Amsterdamer Taxameterfahrer. (ITF) Mit der neuen Tarif- und Lohnregelung sind die Amsterdamer Taxameterfahrer noch immer nicht zufrieden. Zu den ständig zurückgehenden Einnahmen (ihre Lohnbusse beträgt ca. 10%) kommt hinzu, dass sie künftig die Hälfte der Beiträge zur Krankenversicherung zahlen sollen und sich die Unternehmer weigern, die Provision wöchentlich an den Chauffeur auszuzahlen.

Es sollen mit den beteiligten Parteien baldmöglichst neue Verhandlungen wegen Einführung eines einfacheren und praktischeren Tarifes und Anpassung der Arbeitsbedingungen der Chauffeure an denselben stattfinden.

Widerrechtlicher Lohnabzug durch die Brüsseler Omnibusgesellschaft. (ITF) Das Personal des Brüsseler Omnibusbetriebes "Les Autobus Bruxellois" hat sich durch seine Organisation beim Verkehrsminister über einen 3%igen Lohnabzug für die Pensionsversicherung beschwert, der bei sämtlichen neu eingestellten Beschäftigten vorgenommen wird. Eine Mehrleistung in den Pensionsfonds wird in Aussicht gestellt, nachdem die Regierung die versprochene Neuregelung des Pensionswesens für die öffentlichen Verkehrsbediensteten getroffen hat.

Protest der Londoner Taxameterfahrer. (ITF) Die Londoner Taxameterfahrer beabsichtigen die Entsendung einer Abordnung zum Westminster-Stadtrat, um dort gegen die Fernhaltung der Droschken, die auf der Fahrstrasse um das fahrende Publikum werben, zu protestieren. Nach einer Erklärung des Sekretärs der Londoner Taxameterfahrer-Gruppe im Transportarbeiterverband werden durch eine solche Massnahme Leute, die auf Grund ihres Zulassungsscheins nach einem Broterwerb suchen, ungerechterweise bestraft. Von den 8 000 für das Stadttinnere zugelassenen Kraftdroschken können nur 4 000 an den Standplätzen aufgestellt werden. Die geplante Massnahme wäre ein schwerer Schlag für ein Gewerbe, das alljährlich allein an Strassensteuer £84 000 und an Benzinsteuer £225 000 an den Fiskus abführt.

Demonstrationen der Kraftfahrer in der Tschechoslowakei. (ITF) Seit Jahren kämpfen die Kraftfahrer in der Tschechoslowakei für ein modernes Automobilgesetz, Der vorliegende Entwurf soll nun endlich im Juni dem Parlamente vorgelegt werden. Es geht unsern Kollegen nicht nur um den Erlass von rechtlichen, technischen, Sicherheits- und Verkehrsvorschriften, sondern auch um die bekannten sozialen Forderungen, wie Arbeitszeitverkürzung, Pensionsversicherung, bessere berufliche Ausbildung u. dgl. Um ihren Forderungen grösseren Nachdruck zu verleihen, fanden im vorigen Monat Demonstrationen in 27 der grösseren Städte der Republik statt.

Streik im Londoner Hafen. (ITF) Am 15. Mai brach unter dem Personal eines grossen Londoner Hafenbetriebes ein Streik aus, weil die fragliche Gesellschaft 6 ihrer Büroangestellten mit gewöhnlichen Hafendarbeiten beschäftigten, d. h. eigens dafür anstellten. Die Bewegung umfasst etwa 2 000 Mann.

Verhandlungen im niederländischen Hafenbetrieb. (ITF) Die Arbeitgeber haben seit einiger Zeit den für die Häfen Amsterdam und Rotterdam gültigen Tarifvertrag gekündigt. Der der I.T.F. angeschlossene Transportarbeiterverband war nicht Vertragskontrahent, er ist aber bei den jetzigen Verhandlungen beteiligt. Es geht um eine von den Arbeitgebern gestellte Forderung auf Lohnherabsetzung und sonstige Änderungen der Arbeitsbedingungen.

Gegen die Einführung von Maschinen. (ITF) Wegen Inbetriebsetzung eines Getreidehebers kam es vor kurzem in dem griechischen Hafen Calamata zu einem blutigen Aufstand der Docker. Es gab eine Anzahl Tote und Verletzte.

SEELEUTE

Französisches Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Seeschifffahrt. (ITF) Die französische Abgeordnetenversammlung hat am 17. Mai einen ihr bereits vor mehr als einem Jahre unterbreiteten Gesetzesentwurf, genannt Reedereihilfe, angenommen, zu dem Zwecke, den Besatzungen der aufgelegten Schiffe wieder neue Einschiffungsmöglichkeit zu verschaffen. Der Staat wird unter gewissen Voraussetzungen französischen Reederfirmen für die lange Fahrt, die Küstenfahrt und die Hochseefischerei Beihilfen in Höhe von etwa 1/3 der Löhne des seefahrenden Personals gewähren. Es wird ferner noch eine aus der Brutto-Tonnage und der Fahrgeschwindigkeit errechnete Zulage ausbezahlt.

Für diese Beihilfen will sich der Staat durch Auferlegung einer 3%igen Sondersteuer auf die Zollgebühren schadlos halten.

Herabsetzung der polnischen Seemannsheuern. (ITF) Nachdem die polnischen Reeder Ende Februar eine 30%ige Heuerherabsetzung angekündigt hatten, drohten die Seeleute mit einem Streik. Vor dem amtlichen Schlichter haben sich die Parteien schliesslich auf eine Herabsetzung von 11% durchschnittlich geeinigt. Auch der Ueberstundenzuschlag ist um 0,10 bis 0,15 Zloty herabgesetzt worden. Was Sonntagsarbeit betrifft, so wurde die bisherige Regelung beibehalten. Auch die Bestimmungen über den jährlichen Erholungsurlaub, den die Reeder kürzen wollten, sind in Kraft geblieben.